

GROSSER RAT

GR.17.151-1

VORSTOSS

Interpellation Gabriel Lüthy, FDP, Widen (Sprecher), vom 20. Juni 2017 betreffend Einführung eines Dienstleistungszentrums Finanzen

Text und Begründung:

Der Regierungsrat schreibt in seinen Ausführungen zur Jahresrechnung 2016 im Aufgabenbereich 410 (Finanzen), dass die Schaffung eines kantonalen Dienstleistungszentrums Finanzen (DLZ FI) inklusive Ablösung der Software zur elektronischen Belegführung Kreditorenrechnungen (eBeK) nicht beschlossen wurde und die Umsetzung von eBeK zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen werde. Die Entwicklungsschwerpunkte des Aufgabenbereichs 410 wurden bereits im AFP 2017–2020 dahingehend angepasst, dass das DLZ FI nicht weiter verfolgt wird.

Die Erfahrungen aus der Privatwirtschaft zeigen, dass durch die elektronische Abwicklung von Kreditorenrechnungen und die Zusammenführung von Backoffice-Funktionen (u. a.) im Bereich der Finanzabteilung grössere Einsparungen möglich sind und diese zudem wesentlich zur Verbesserung des internen Kontrollsystems (IKS) beiträgt. Vor diesem Hintergrund und angesichts des Spardrucks bitten die Unterzeichner zur Beantwortung folgender Fragen:

1. Aus welchen Gründen wurde auf die Schaffung des Dienstleistungszentrums Finanzen verzichtet?
2. Betrachtet es der Regierungsrat als zeitgemäss und effizient, Backoffice-Funktionen dezentral zu betreiben?
3. Welche jährlichen Einsparungen wurden durch die Einführung eines Dienstleistungszentrums Finanzen damals im AFP 2016–2019 erwartet?

Mitunterzeichnet von 21 Ratsmitgliedern